

# Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Freitag, 27. Juli 2018 · Nr. 172 · 239. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.00 · € 5.00

## Feuerverbote beeinträchtigen 1.-August-Feiern

Feuerwerke und Höhenfeuer sind vielerorts untersagt

yve. In 18 Schweizer Kantonen gelten bereits Feuerverbote im Wald und in Waldesnähe, im Tessin, im Wallis und in den Bündner Südtälern wurde gar ein absolutes Feuerverbot im Freien verhängt. In Zürich wird die Waldbrandgefahr erst als «erheblich» eingestuft, daher verzichtet der Kanton bis jetzt auf ein Feuer- und Feuerwerksverbot. Einzelne Zürcher Gemeinden reagieren jedoch auf die aussergewöhnliche Lage. So hat Dietikon das Höhenfeuer zum 1. August abgesagt. Auch Hombrechtikon verzichtet auf ein Augustfeuer und hat ein allgemeines Feuer- und Feuerwerksverbot auf dem ganzen Gemeindegebiet erlassen. Urdorf verbietet jegliches Feuer unter offenem Himmel – also auch den Betrieb eines Holz- oder Kohlegrills auf dem eigenen Balkon.

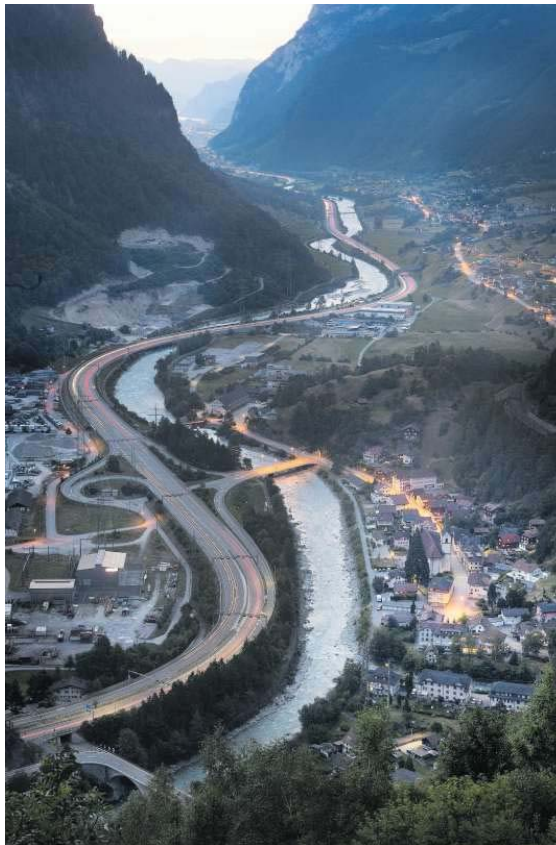
Auf die Verbote reagiert haben auch die Grossverteiler Migros und Coop. In den meisten Kantonen mit Feuerverbot gibt es in den Filialen keine Raketen, Vulkane und Ähnliches zu kaufen.

Die anhaltende Hitze lässt zudem die Temperaturen der Flüsse und Seen steigen, was den Fischen zu schaffen macht. Gemäss dem Schaffhauser Fischereiaufseher Patrick Wasem zeigen Äschen ab 23 Grad erste Stresssymptome, bei 24 bis 25 Grad werde es heikel für die Fische. Mittlerweile hat die Rheintemperatur bei Flurlingen die 25-Grad-Marke überschritten, die Lage ist gemäss Experten sehr angespannt. In Zürich befürchtet man gar ein drastisches Fischsterben.

Trotz anhaltender Trockenheit ist nach Angaben des Bundesamts für Umwelt kein flächendeckender Wassermangel zu erwarten. In einigen Kantonen und in mehreren Zürcher Gemeinden haben die Behörden die Bevölkerung jedoch zum Wassersparen aufgefordert und teilweise Brunnen abgestellt. Urdorf hat dies bereits vor einer Woche getan, Mändorf reduziert derweil den Wasserverbrauch um 100 Kubikmeter pro Tag, indem der Betrieb der 19 Laufbrunnen eingestellt wurde.

Wer bei dieser Hitze kein Trinkwasser zum Giesen verschwenden will, kann seine Balkonpflanzen mit Wasser giesen, das zum Waschen von Obst und Gemüse in der Küche verwendet wurde.

Zürich und Region, Seite 16  
Panorama, Seite 20



Amsteg (r.) in Uri ist das Haupttor zur Schweizer Unterwelt. CHRISTOPH RÜCKSTUHL / NZZ

DIE ALPENFESTUNG IN AMSTEG

## Eine feste Burg im Berg

WOCHENENDE, SEITE 41–44

## Raiffeisen-Vize macht einen Rückzieher

Pascal Gantenbein verzichtet auf die Kandidatur als Verwaltungsratspräsident

ti. Wer hätte das gedacht. Pascal Gantenbein zieht seine Kandidatur als Verwaltungsratspräsident von Raiffeisen Schweiz zurück, verbleibt aber als Vizepräsident im obersten Gremium der Gruppe. «Mein oberstes Ziel war es, den Raiffeisen-Verband zu stabilisieren. Es ging mir nie um meine Person, sondern darum, zur bestmöglichen Lösung beizutragen», sagt er im Interview mit der NZZ. Pascal Gantenbein hatte seine Ambitionen auf das Präsidium Mitte Juni an einer Medienkonferenz im Nachgang zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Lugano bekanntgegeben.

Der mediale Druck, aber auch die Erkenntnis, dass seine Kandidatur selbst innerhalb des Raiffeisen-Verbundes nicht auf eine ungeteilte Zustimmung stiess, bewogen Gantenbein dazu, seine Ambitionen zurückzustecken. Auch nach seinem Rückzug will er dem Verwaltungsrat in seiner derzeitigen Rolle als Vizepräsident erhalten bleiben und den künftigen Präsidenten unterstützen. Dieser wird an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung im November gewählt. Es ist weitherum unbestritten, dass Gantenbein nach dem Rücktritt von Johannes Rüegg-Stürm Anfang März als Interimspräsident gute Arbeit geleistet

und eine Reihe von Reformprojekten angestossen hat.

Am drängendsten ist nun die Suche nach einem neuen Präsidenten. Bis spätestens Anfang September soll er gefunden sein. Mehr Zeit benötigt die Auswahl eines Nachfolgers für Patrik Gisel, der kürzlich seinen Rücktritt als Chef von Raiffeisen Schweiz bekanntgegeben hat. Sobald diese Spitzenpositionen besetzt sind, wird es darum gehen, die Strukturen der Raiffeisen-Zentrale in St. Gallen zu überdenken. Der Verwaltungsrat muss die Kontrolle zurückgewinnen.

Wirtschaft, Seite 21  
Meinung & Debatte, Seite 11

## Europa begrüsst den Handelsdeal

Die Einigung mit den USA lässt viele Fragen offen

Die Handelsvereinbarung zwischen der EU und den USA hat in Europa Erleichterung ausgelöst. Sie kauft Zeit und wendet die Autozölle vorerst ab.

RENÉ HÖLTSCI, BRÜSSEL

Als einer der Ersten hat der deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier reagiert: Kurz nach dem Zustandekommen des Deals, den der amerikanische Präsident Donald Trump und EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker am Mittwoch in Washington verkündet haben, gratulierte er über Twitter zu einem Verhandlungsergebnis, das freien Handel und Millionen von Arbeitsplätzen sichere. Politiker wie der niederländische Regierungschef Mark Rutte sowie Wirtschaftsverbände wie der Unternehmerverband BusinessEurope und die Vereinigung der Autohersteller ACEA stimmten bald in den Chor ein.

### Erwartungen übertroffen

In der Tat hat das Ergebnis des Treffens die meisten Erwartungen übertroffen. Die Chemie zwischen Trump und Juncker stimme, das habe geholfen, sagt einer, der dabei war. Die beiden Seiten vereinbarten laut einer gemeinsamen Erklärung unter anderem, Zölle und andere Handelshemmnisse für alle Industriegüter ausser Autos abzuschaffen. De facto läuft dies auf ein begrenztes Abkommen zum Abbau der Industriezölle und nicht etwa auf eine Wiederbelebung der Ende 2016 stierten Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen (TTIP) hinaus. Davon ausgenommen bleiben vorerst ausgerechnet Autos, wo die USA hohe Zölle auf Trucks und die EU auf Personwagen erheben. Hier scheint das letzte Wort aber noch nicht gesprochen zu sein.

Für Trump innenpolitisch besonders wichtig ist, dass die Europäer mehr Sojabohnen und – zur Diversifikation ihrer Energieversorgung – mehr verflüssigtes Erdgas (LNG) aus den USA kaufen wollen. Allerdings räumen EU-Vertreter ein, dass sich der Anstieg der Sojakaufe einzig aufgrund der Marktkräfte ergebe: Soja aus den USA ist billiger geworden und sucht neue Märkte, seit China im Handelsstreit mit den USA einen hohen Einfuhrzoll darauf erhebt. Bezüglich LNG verweist die EU auf die Errichtung von mehr Terminals und die Erwartung, dass die USA das Lizenzregime für Exporte in die EU lockern würden.

Daneben sollen Handelsbarrieren für Dienstleistungen, Chemikalien, Pharmazeutika und Medizinprodukte abgebaut werden, und ein Dialog über Standards soll bürokratischen Aufwand reduzieren. Weiter vereinbarten die beiden Seiten, sich zusammen mit gleichgesinnten Partnern für Reformen der Welthandelsorganisation (WTO) einzusetzen, um Fragen wie Diebstahl von geistigem Eigentum, erzwungenen Technologietransfer oder Überkapazitäten anzugehen. Dabei geht es um gemeinsame Sorgen über das Gebaren von China. Eine mit Vertretern der EU und der USA bestückte Arbeits-

gruppe soll nun in 120 Tagen einen Bericht über das weitere Vorgehen vorlegen: formelle Verhandlungen, für die die EU-Kommission ein Mandat der Mitgliedstaaten benötigen würde, würden erst später folgen.

Die unmittelbare Wirkung der Verständigung liegt in einer Art Waffenstillstand im Handelsstreit: Während man an den genannten Vorhaben arbeite, werde man nicht gegen den Geist der Vereinbarung verstossen, hält die Erklärung fest, es sei denn, eine der Parteien beende die Verhandlungen. Laut Angaben beider Seiten wird es während dieser Zeit keine neuen Zölle geben. Gemeint sind vor allem die von Trump angedrohten Zusatzzölle auf Autos. Sie hätten nicht zuletzt die deutsche Autoindustrie empfindlich getroffen. Dies erklärt, warum nun der Beifall in Deutschland besonders laut ist.

### Die Pistole ist nicht weg

Zudem wollen die beiden Seiten das Problem der (von den USA bereits eingeführten) Stahl- und Aluminiumzölle und der (als Reaktion darauf von der EU erhobenen) Gegenzölle «lösen». Die «Pistole an der Schläfe» der Europäer,

### Schwierig, aber dringend nötig

Kommentar auf Seite 11

über die sich diese in den letzten Monaten stets beklagt hatten, ist somit noch nicht wirklich verschwunden, da die Stahlzölle noch nicht aufgehoben sind und bei einem Scheitern der Gespräche auch die Autozölle doch noch kommen könnten. Dennoch ist die EU nun zu Gesprächen über die übrigen erwähnten Themen bereit, womit sie ihre bisherige Position aufweicht.

Inhaltlich ähneln die nun vereinbarten Gesprächsthemen dem, was die Staats- und Regierungschefs der EU Trump schon im Mai vergeblich angeboten haben, damals allerdings unter der Vorbedingung, dass die EU dauerhaft von den Stahl- und Aluminiumzöllen ausgenommen werde. Von den Gesprächen ausgeklammert bleiben zwei heikle Bereiche: der Agrarhandel, bei dessen Liberalisierung sich die EU schwertut, und das öffentliche Beschaffungswesen, dessen Öffnung den Amerikanern widerstrebt. In einer eher kühlen Reaktion auf den Deal, die einen gewissen Kontrapunkt zum deutschen Lob setzte, verlangte der französische Wirtschaftsminister Bruno Le Maire am Donnerstag, es müsse auch über den Zugang zu öffentlichen Aufträgen in den USA gesprochen werden. Allerdings gehört Frankreich zugleich zu jenen Mitgliedstaaten, die bei der Agrarliberalisierung am stärksten bremsen.

Ohnehin ist all dies bis jetzt nur eine Absichtserklärung. Deren Umsetzung wird nicht einfach sein, auch wenn das Vorhaben viel weniger ehrgeizig ist, als es TTIP war. Doch die Verständigung kauft zumindest Zeit – und sie wendet eine Eskalation des Handelsstreits vorerst ab.

